

Medienmitteilung

Auswirkungen der Cannabislegalisierung und deren Kompatibilität mit internationalen Verträgen

Zeit: Mittwoch, 15.3.2023, 10-11 Uhr

Ort: Politforum Käfigturm, Bern

Der **Jahresbericht 2022 des Internationalen Betäubungsmittelstoffkontrollrates**, sowie das **Rechtsgutachten** von Professor Bernhard Wegener, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Europarecht, welches der bayrische Gesundheitsminister Klaus Holetschek kürzlich vorgestellt hat, waren die Auslöser der heutigen Medienkonferenz. Denn die Erkenntnisse aus diesen Dokumenten fanden in der schweizerischen Berichterstattung kaum Erwähnung. Diese Lücke konnten die drei Referentinnen:

Andrea Geissbühler, Nationalrätin und Präsidentin des *Dachverbandes Drogenabstinenz Schweiz*, Gabriella Hunziker, Dr. med. und Psychiaterin und Verena Herzog, Nationalrätin und Präsidentin der *Vereinigung Jugend ohne Drogen* schliessen.

- Es wurde aufgezeigt, dass in der Schweiz durch das nationale Parlament, ohne die Bevölkerung mitentscheiden zu lassen, eine defacto Legalisierung des Betäubungsmittels Cannabis beschlossen wurde.

Dies in drei Schritten:

- 10 Gramm Drogenhanf sind zum Eigengebrauch toleriert,
 - der Suchtstoff arme CBD-Hanf, der sich aber vom THC-haltigen Drogenhanf weder vom Geruch noch vom Aussehen unterscheidet, darf angepflanzt werden,
 - Kiffer/-innen können in Zukunft in Apotheken staatlichen, hochpotenten Drogenhanf beziehen.
- Aus der Praxis einer Ärztin und Psychiaterin konnten die Auswirkungen des Rauschgiftes Cannabis aufgezeigt werden. Psychosen und Schizophrenien sind schwerwiegende Erkrankungen und schwierig zu therapieren. Sie verursachen grosses Leid auch für Angehörige.
 - Einmal mehr zeigt sich der internationale Suchtstoffkontrollrat (INCB) besorgt über die Tendenz, den nichtmedizinischen Gebrauch von Cannabis zu legalisieren, was gegen das Einheits-Übereinkommen über Suchtstoffe verstosse. Die besorgniserregendste Auswirkung der Legalisierung von Cannabis seien einen erhöhten Konsum, insbesondere bei jungen Menschen. Es habe sich auch gezeigt, dass die allgemeine Verfügbarkeit von legalisierten Cannabisprodukten die Wahrnehmung des Risikos und der negativen Folgen des Konsums senken würde. Dieses Abkommen hat auch die Schweiz unterschrieben, hält sich aber mit den beschlossenen Legalisierungsschritte nicht mehr an dieses Abkommen.
 - Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek hat anfangs März vor einer zusätzlichen Belastung des Gesundheitssystems durch die geplante Cannabis-Legalisierung der deutschen Bundesregierung gewarnt. Unter anderem erwähnte er, dass sich zwischen 2008 und 2020 die Fälle von stationär behandelten Psychosen in Verbindung mit Cannabis mehr als verzehnfacht hätten. «Cannabis zu legalisieren und auf Prävention zu pochen, ist wie Feuer zu legen und dann die Feuerwehr zu rufen,» veranschaulichte Holetschek das Problem.

Mit freundlichen Grüssen, Sabina Geissbühler-Strupler, Präsidentin der Schweizerischen Vereinigung *Eltern gegen Drogen*, Herrenschwanden, 079 431 93 97.